



Tagung des bfg-Landesvorstands in Memmingen – zwischen Freiheitsartikeln, Strukturreform und politischem Dialog mit Klaus Holetschek

Wo einst 1525 in Memmingen die Bauern ihre Zwölf Artikel als erste niedergeschriebene Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Mitbestimmung formulierten, tagte im Oktober der Landesvorstand der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg). Symbolträchtiger konnte der Ort kaum sein – denn auch heute geht es um Teilhabe, Mitgestaltung und die Zukunft der Verwaltung.

Zu den Gästen der Tagung zählte Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, der den Dialog mit der bfg suchte und sich der Diskussion stellte.

Klaus Holetschek: Verantwortung und Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten

Eingangs schilderte Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski eindrücklich, was die Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung derzeit bewegt: die extreme Arbeitsbelastung, der Personalmangel und die angekündigten Sparmaßnahmen.

Mit Blick auf den anstehenden

Doppelhaushalt sprach er sich entschieden gegen Kürzungen aus: „Wir drehen im Moment jeden Euro um. Die Maßnahmen sind grenzwertig – das kann dazu führen, dass wir unsere Arbeit schlicht nicht mehr machen können“, warnte Wipijewski.

Er forderte ausreichende Haushaltsmittel für Personal, Hardware, Bandbreiten, Rechenkapazitäten sowie für die Verwaltungs- und Kommunikationssysteme. Nur so könnten die Herausforderungen der kommenden Jahre – Strukturreform, Digitalisierung und Fachkräftegewinnung – bewältigt werden.

Holetschek griff diese Punkte auf und dankte den Beschäftigten ausdrücklich: „Ohne Sie würde der Staat nicht funktionieren. Sie tragen eine immense Verantwortung für das Gemeinwesen.“

Mit Blick auf die finanzielle Lage Bayerns dämpfte er jedoch Erwartungen. Auch wenn der Freistaat 2026 mit einem leichten Steuerplus von rund 1,5 Milliarden Euro gegenüber der schwachen Maischätzung 2025 rechnen kann, „gibt es keinen Grund

für Euphorie. Wir werden aber keine Entscheidungen mit der Gießkanne treffen. Denn wir wissen, dass wir die Menschen in der Verwaltung auch in Zukunft brauchen.“

Er betonte, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz würden die Arbeit beschleunigen, aber die Menschen nicht ersetzen. Auch beim Thema Teilzeit und Homeoffice sprach sich Holetschek für differenzierte, praxistaugliche Regelungen aus: „Hier braucht es vernünftige Lösungen, die den jeweiligen Gegebenheiten der Ressorts und ihrer Dienststellen gerecht werden.“

Der Fraktionsvorsitzende lobte die Leistung der Beschäftigten in der gesamten Finanzverwaltung, hob insbesondere das Thema Beihilfe hervor und bezeichnete ELSTER als Erfolgsprojekt. Besonders positiv bewertete er, dass die bfg aktiv in die Diskussion um die Strukturreform eingebunden ist: „Wir wollen das gemeinsam machen – mit Vernunft und Augenmaß.“

Fortsetzung nächste Seite

Digitalisierung ist unverzichtbar

Gespräch mit luk-Chef Andreas Koch

Seite 6

Vom Steuerbescheid zur Staatsfinanzierung

Verwaltung mit Verantwortung und Wirkung

Seite 10



**GEMEINSAM
MENSCHLICH
MUTIG VORAN**

Mit dabei waren auch Kerstin Brückl, Amtsleiterin des Finanzamts Memmingen, Renate Minkus, Personalratsvorsitzende, sowie Jenny Marz, Vorsitzende des bfg-Ortsverbands Memmingen, die die Situation vor Ort einbrachten und aktiv am Austausch teilnahmen.

Landesvorstand: Strukturreform, Nachwuchs und Einkommensrunde

Im weiteren Verlauf der Tagung fasste sich der Landesvorstand mit einer Reihe zentraler gewerkschaftlicher Themen. Ein Schwerpunkt war die anstehende Strukturreform der Steuerverwaltung, die Wipijewski als „größte Veränderung seit der Gebietsreform 1972“ bezeichnete. Die bfg habe sich frühzeitig und konstruktiv in die Diskussion eingebracht. Ziel bleibe eine moderne Organisation, die Personalentwicklung ermöglicht und flexible Strukturen schafft. „Wir brauchen keine Monostrukturen, sondern eine Verwaltung, die auf die Lebenswirklichkeit reagiert“, so Wipijewski. Dabei gehe es auch um neue Formen der Führung: „Führen aus der Ferne wird Realität – das setzt Vertrauen, Kommunikation und klare Kompetenzen voraus.“ Positiv hob er hervor, dass die Reform Stellenhebungen in nennenswertem Umfang mit sich bringt – ein wichtiges Signal für die Kolleginnen und Kollegen.

Ein zentrales Thema war auch die bevorstehende Einkommensrunde. Der Landesvorstand rief dazu auf, in den kommenden Wochen und Mo-



CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek während der Tagung in Memmingen.

naten geschlossen aufzutreten. „Wir sind bereit, für unsere Forderungen auf die Straße zu gehen“, so Wipijewski. Die bfg brauche in dieser Phase die Unterstützung aller Mitglieder – von den Auszubildenden bis hin zu den Pensionistinnen und Pensionisten. Nur mit einer breiten Basis könne Druck aufgebaut und ein gutes Ergebnis erreicht werden.

„2. Chance Verfahren“: Konsequent handeln bei Leistungsverweigerern

Intensiv diskutiert wurde zudem die Nachwuchssituation. Das sogenannte „Zweite-Chance-Verfahren“ habe es ermöglicht, zusätzliche Nachwuchskräfte zu gewinnen – ein wichtiger Erfolg. Zugleich müsse man aber auch konsequent bleiben: „Wer keinen Leistungswillen zeigt, passt nicht in dieses Berufsbild“, so der Te-

nor der Diskussion.

Bereits im Vorfeld hatten auch die Bezirksvorstände Südbayern und Nordbayern getagt und wichtige Themen vorbereitet. Dort wurde unter anderem bereits intensiv an den Weichenstellungen für die Personalratswahlen 2026 gearbeitet.

Fazit

Die Tagung in Memmingen zeigte eindrucksvoll, wie eng gewerkschaftliche Sacharbeit und politischer Dialog miteinander verknüpft sind.

Die bfg ist die starke Stimme für die Beschäftigten – sachlich, engagiert und bereit, weiterhin Verantwortung für die Zukunft der bayerischen Finanzverwaltung zu übernehmen.

Im Geist der Freiheitsartikel von 1525 wurde auch in Memmingen 2025 klar: Mitbestimmung bleibt aktuell – damals wie heute.

INHALT

S. 4	Bericht aus dem HPR
S. 6	Gespräch mit luk-Chef Andreas Koch
S. 10	Verwaltung mit Verantwortung und Wirkung
S. 12	ASStQ4 Seminar
S. 14	Kronach II
S. 16	News
S. 19	to go - Orts- und Familienzuschlag
S. 20	Jugend
S. 22	Aus den Ortsverbänden

IMPRESSUM

Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de

Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Redaktionsleiterin: Nina Gürster

Redaktion: Birgit Fuchs, Nina Gürster, Thomas Wagner, Christoph Werwein und Gerhard Wipijewski

Layout und Gestaltung: Thomas Wagner, Jana Patzak

Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers. Alle Bilder oder Grafiken sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur mit Genehmigung des bfg-Verlages bzw. des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.



Finanzbedarf des Staates

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Als ich beim Festakt zum 80-jährigen Bestehen der CSU dem früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel begegnet bin, musste ich daran denken, dass er für eine Verdoppelung des Vermögensteuersatzes auf 1,0 % des Gesamtvermögens verantwortlich war.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer in der damals gültigen Fassung kurz darauf insbesondere wegen der Bevorzugung der Immobilien für verfassungswidrig erklärt hatte und sich die Politik nie mehr auf eine Novellierung einigen konnte, wird die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl sie in Art. 106 Abs. 2 GG verankert ist.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft hat wiederholt erklärt, dass die Wiedereinführung der Vermögensteuer im Sinne eines Ausgleichs der großen Vermögensungleichheit in Deutschland zwar wünschenswert, der damit einhergehende Verwaltungsaufwand aber so erheblich wäre, dass er von der Steuerverwaltung nicht geleistet werden kann.

Die Frage einer stärkeren Besteuerung von Vermögen stellt sich aber dennoch, und angesichts des Finanzbedarfs öffentlicher Haushalte so dringlich wie lange nicht mehr! Nun gibt es die Steuern in Deutschland betreffend zwei Wahrheiten, die eigentlich niemand bestreiten kann: Im internationalen Vergleich ist die Besteuerung der Arbeitseinkommen bei uns extrem hoch – und die Besteuerung von Vermögen sehr niedrig. Zu dieser Feststellung bin nicht ich gekommen, sie ist vielmehr das Ergebnis zahlreicher Untersuchungen, etwa der OECD.

Eigentlich sollten sich auf diese Erkenntnis auch die an der Bundesregierung beteiligten Parteien verständigen können. Denn dann könnte man sich daran machen, durch eine Entlastung der Arbeitenden – gleich, ob selbständig oder nichtselbständig – die Konjunktur wieder in Gang zu bringen und zum Ausgleich über die Erbschaft- und Schenkungsteuer auch die großen Vermögensübergänge zur Finanzierung unseres Staatswesens heranzuziehen.

Dass es sich bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer um keine „Neidsteuer“ handelt, zeigt schon ihre Verankerung in der Bayerischen Verfassung. Artikel 123 fordert, dass „Alle“ „im Verhältnis ihres Einkommens und Vermögens ... zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen“ sind. Davon kann bei den Vermögen weder in Bayern noch in Deutschland die Rede sein. Der Absatz 3 wird dann noch deutlicher: „Die Erbschaftssteuer (sic!) dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Auch davon kann keine Rede sein angesichts vieler tausend steuerfrei übertragener Vermögen im je gro-

ßen zweistelligen Millionenbereich in den vergangenen 15 Jahren! – Ich weiß, dass die Bayerische Verfassung in dieser Frage vom Grundgesetz überlagert wird, aber doch ...

Ich könnte hier jetzt gegen eine Vielzahl fadenscheiniger Argumente anschreiben, die suggerieren, wie schädlich eine konsequentere Besteuerung von Erben und Beschenkten doch wäre. Dazu fehlt mir hier der Platz. Aber eines doch: weder ist die Erbschaftsteuer eine Doppelbesteuerung noch wird hier Lebensleistung zerstört! Denn gerade bei den großen Vermögen dürften die leistungslosen Wertzuwächse eine entscheidende Rolle spielen, beispielsweise durch die Börse oder am Immobilienmarkt. Dabei sind solche Wertzuwächse nicht zuletzt auch das Ergebnis politischer Rahmensetzungen! Und zudem: während Arbeitsleistung voll ertragsbesteuert wird, ist dies weder bei Kapitalerträgen noch bei Wertsteigerungen von Kapitalvermögen oder Immobilien in entsprechendem Umfang der Fall!

Nachdem in der Schweiz demnächst eine Volksabstimmung über eine nationale „Erbschaftssteuer“ von erheblichem Ausmaß erfolgt, hat sich zuletzt auch die Neue Zürcher Zeitung – meines Erachtens die handwerklich beste deutschsprachige Tageszeitung – mit dieser Steuerart beschäftigt. So zum Beispiel der Wirtschaftsjournalist Hansueli Schöchli in der internationalen Ausgabe vom 21. Oktober. Er bezieht sich in seinen Ausführungen auf Studien namhafter Einrichtungen und Hochschulen und kommt dabei zum Ergebnis, dass eine Erbschaftsteuer mit moderaten Sätzen aus ökonomischer Sicht durchaus Vorzüge hat. Er verweist beispielsweise auf die Tendenz, Ungleichheit zu reduzieren oder den Leistungsanreiz bei Erben weniger zu lähmen.

Dies entspricht der langjährigen Forderung der bfg nach einer stärkeren Besteuerung großer Vermögensübergänge bei hohen allgemeinen Freibeträgen und niedrigen Steuersätzen.

Zur Steigerung der Staatseinnahmen und der Steuergerechtigkeit gehört freilich auch ein gesetzeskonformer Vollzug!

Als ich kürzlich das vielbeachtete Theaterstück „Der Fiskus“ gesehen habe, hieß es dort in einem Monolog:

„Wenn mir irgendetwas nicht stimmig
Dann verfolge ich das
Ich gehe der Sache nach
Ich gehe der Sache gründlich nach
Ich gehe der Sache wirklich gründlich nach
Der Antragsteller kann sich schon mal auf was gefasst machen.“
Theater bleibt eben Fiktion ...

BERICHT AUS DEM HPR

von Katja Graßer



Umsetzung der Zentralisierung der Forschungszulage

Die bereits angekündigte Zentralisierung der Forschungszulage wird nun endgültig zum 01.12.2025 am Finanzamt München am Standort München durchgeführt. Eine Bearbeitungsstelle des Finanzamts München ist dabei nicht als Standort vorgesehen.

„Arbeitswelt der Zukunft“ an den Finanzämtern

Derzeit ist vorgesehen, das Projekt an den Finanzämtern Ingolstadt und Weiden zu pilotieren. Hierfür wurden bereits umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen vor Ort vorgenommen. Darunter fallen die Umgestaltung und Koordination von Umbaumaßnahmen in den betreffenden Räumlichkeiten und die Einrichtung von benötigten Aktenzimmern. Ab Oktober stehen den Finanzämtern nun auch die für die Pilotierung erforderlichen Möbel, wie abschließbare Schränke und höhenverstellbare Schreibtische zur Verfügung. Ziel ist es, ein zeitgemäßes und attraktives Arbeitsumfeld zu erreichen.

Dafür sollen auch Sozialräume, Besprechungsräume und Besprechungsecken ansprechend ausgestattet werden. Diese Maßnahmen befindet sich derzeit noch in Planung.

Das Projekt beinhaltet jedoch nicht nur räumliche Umgestaltungen. Zentraler Bestandteil ist auch der konsequente Ausbau der Digitalisierung. Darunter fällt auch der Wechsel von Arbeitsplatzdruckern zu zentralen Multifunktionsgeräten bzw. Etagendruckern.

Am Finanzamt Weiden ist der Start der Pilotierung für das 1. Quartal 2026 vorgesehen. Voraussetzung hierfür soll die Ausrollung von IKONOS sein. Am Finanzamt Ingolstadt beginnt die Pilotierung der Arbeitswelt der Zukunft am 01.12.2025. Kurz vor Beginn ist eine Einführungsveranstaltung für die Beschäftigten vor Ort geplant, in der sie in die Anwendung des Raumbuchungstools etc. eingewiesen werden.

AG KONSENS trifft sich zum Austausch im Finanzamt Stuttgart

Die Stufenpersonalräte der Steuerungsgruppenländer haben sich zu einer gemeinsamen Besprechung mit den Stufenpersonalräten der übrigen Länder im Finanzamt Stuttgart getroffen.

Intention der Sitzung war, den Austausch zwischen den Steuerungsgruppenländern und den übrigen Ländern zu fördern. Zudem waren diverse aktuelle KONSENS-Verfahren

Thema der gemeinsamen Besprechung. Ein interessanter Austausch mit dem Finanzministerium und der Oberfinanzdirektion rundete das Programm ab.

Vereidigung der Anwärtinnen und Anwärter in Nürnberg

Im Oktober vereidigte Finanzstaatssekretär Martin Schöffel rund 1.530 Anwärtinnen und Anwärter der Finanzämter, des Landesamtes für Finanzen, des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sowie der Staatlichen Lotteriede- und Spielbankverwaltung.

In seiner Rede betonte Schöffel, wie wichtig die Nachwuchskräfte für die Bayerische Finanzverwaltung sind und gratulierte den Anwärtinnen und Anwärter zur getroffenen Berufswahl! Neben der Festrede des Staatssekretärs, gab es auch eine Videobotschaft von Finanzminister Füracker.

Die gemeinsame Vereidigung in der Meistersingerhalle in Nürnberg ist seit vielen Jahren eine großartige Veranstaltung und ein schönes Erlebnis für die jungen Kolleginnen und Kollegen! Nach der Vereidigung nahm sich Staatssekretär Schöffel noch viel Zeit für Fotos mit den neuen Nachwuchskräften.

Dr. Leonhard Kathke im Ruhestand – Dr. Arnd Weißgeber neuer 22er

Das Referat 22 des Finanzministeriums hat für bfg und Hauptpersonalrat, aber auch für die Beschäftigten, eine besondere Bedeutung. Denn das Referat besitzt die Zuständigkeit für Personalangelegenheiten der Steuerverwaltung und der Finanzgerichte, für Grundsatzfragen des Leistungslaufbahnrechts und das Beurteilungswesen der Beamtinnen und Beamten – und die Koordination der Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat! Etwas Besonderes war in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten auch der Leiter dieses Referats: Dr. Leonhard Kathke, eine Kapazität im Bereich des Beamtenrechts – und ein Ministerialbeamter, der mit bfg und HPR um gute Lösungen gerungen hat wie kaum ein zweiter. Kathke war aber auch seit Jahren ein gern-gesehener Dozent bei den AStQ4-Seminaren und manch anderer Veranstaltung der bfg. Die bfg bedankt sich ganz herzlich für diese so intensive Zusammenarbeit, die beiderseits immer dem Ziel verschrieben war, für



beamtenrechtliche Entwicklungen möglichst praktikable Lösungen zu finden. Wir wünschen Dr. Leonhard Kathke einen erfüllten Ruhestand!

Angesichts der Bedeutung des Referats konnte bereits vor dem Ruhestandseintritt „der Neue“ präsentiert werden. Dr. Arnd Weißgeber übernimmt die Referatsleitung! Weißgeber bringt hierzu seine Erfahrungen aus der Arbeit am Neuen Dienstrecht Bayern ein, als er zum Team junger

Top-Juristen gehört hatte, die unter dem damaligen Abteilungsleiter Wilhelm Hüllmantel ein Gesetzespaket geschaffen haben, das bis heute in Deutschland Seinesgleichen sucht. In den letzten Jahren leitete Weißgeber das Bp-Referat, davor war er unter anderem für Ausbildungsfragen zuständig.

Das Foto zeigt v.l.n.r. Birgit Fuchs, Dr. Arnd Weißgeber, Dr. Leonhard Kathke und Gerhard Wipijewski.



**VER SICHER KAMMER UNGS
BAYERN**

Ein Stück Sicherheit.

Unser Schutzschirm in der Übergangszeit.

Unser BC-W-Tarif ist die Beihilfe-Ergänzung für alle Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.

Ihr starker Partner vor Ort
Ihr Expertenteam

Wargauer Str. 30 · 81539 München
Telefon: +49 89 2160 2748
Mail: verbandsarbeit@vkb.de



Finanzgruppe

„Digitalisierung ist keine Option – sondern ist unverzichtbar“

**Gespräch mit Andreas Koch,
Leiter des IuK-Bereichs im Landesamt für Steuern**

Seit Anfang 2024 leitet Andreas Koch als Vizepräsident des Landesamts für Steuern den Bereich Information und Kommunikation (IuK) – also jenen Teil der bayerischen Steuerverwaltung, ohne den heute kaum noch etwas läuft.

Von der Grundsteuer über ELSTER bis hin zu künftigen KI-gestützten Fachverfahren: Alles hängt an stabilen, leistungsfähigen IT-Systemen.

Doch die vergangenen Monate haben gezeigt, wie anspruchsvoll diese Aufgabe ist. Immer wieder kommt es zu Störungen, die Beschäftigten in der IuK arbeiten am Limit, die Erwartungen aus den Finanzämtern steigen.

Auch die bfg hat im jüngsten Gespräch ihrer Landesleitung mit Finanzminister Albert Füracker deutlich gemacht, dass die IT längst zur Schlüsselstelle für die Handlungsfähigkeit der Steuerverwaltung geworden ist.

Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski warnte: „IT-Ausfälle im Ausmaß von mehreren Wochen jährlich sind nicht hinnehmbar. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen Werkzeuge, die funktionieren – sonst verlieren wir jede Glaubwürdigkeit.“

Teil 1 eines Gesprächs über Verantwortung, Prioritäten – und darüber, wohin sich die Steuerverwaltung digital entwickeln wird. Teil 2 folgt in der Dezemberausgabe.



„Man spürt täglich, wie viel von der IT abhängt“

bfg: Herr Koch, Sie leiten seit Anfang 2024 den Bereich Information und Kommunikation im Landesamt für Steuern – eine zentrale Schaltstelle für die gesamte Steuerverwaltung. Wie haben Sie den Einstieg in diese neue Aufgabe erlebt?

Koch: Da berichte ich von meinem Onboarding am LfSt: alle Führungskräfte haben, zum Teil schon vor meinem offiziellen Dienstantritt, das direkte Gespräch gesucht und mir erzählt, welche Themen und Projekte gerade am Start sind bzw. in Kürze sein sollten und was alles jetzt dringend zu tun ist. Da schnauft man erst mal tief durch und denkt sich seinen Teil, was einen hier erwartet: spannend, vielfältig und komplex wäre die objektive Beschreibung, meine Gefühlslage sah anders aus. Das wirklich hohe Maß an Verantwortung wird einem dann im Laufe der ersten

Wochen und Monate bewusst: zum einen für die tägliche Arbeit der rund 20.000 Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten an unseren bayerischen Finanzämtern als auch mit Blick auf die Zukunft. Nur durch konsequenten Ausbau der Digitalisierung und der dafür erforderlichen leistungsfähigen IT-Infrastruktur kann die Arbeit erledigt werden. Das sehe ich immer wieder aufs Neue bei meinen regelmäßigen Amtsbesuchen.

bfg: In den vergangenen Monaten war die IT in der Steuerverwaltung stark im Fokus. Große Erwartungen stoßen an technische und personelle Grenzen – die bfg spricht von einer angespannten Gesamtlage, in der viele Beschäftigte an der Belastungsgrenze arbeiten. Was hat Sie in den ersten Monaten am meisten überrascht – im Positiven wie im Herausfordernden?

Koch: Nun, zum einen hat man der Steuer-IT in den vergangenen Jahren

immer mehr Aufgaben gegeben, zum Teil vom Gesetzgeber, aber auch aus strategischen Gründen, da manche Aufgaben von keiner anderen Verwaltung geleistet werden können. Das wird bayernweit neben dem Kerngeschäft von allen Beschäftigten in den Ämtern (wie auch im Landesamt) solidarisch unterstützt, alle geben ihr Bestes. Das Engagement und der Wille zur Bewältigung der Herausforderungen haben mich definitiv positiv überrascht.

Und: Die Steuerverwaltung ist eine der bzw. wenn nicht die am meisten digitale Verwaltung in Deutschland, sichtbar nach außen über ELSTER, aber auch im Hintergrund verarbeiten wir Unmengen an empfangenen Daten zum großen Teil automatisiert. Trotzdem gibt es bei näherer Betrachtung doch noch zahlreiche Digitalisierungslücken und Medienbrüche, die häufig organisatorisch überbrückt werden

müssen und damit das tägliche Arbeiten der Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern erschweren. Daneben stellt die Komplexität der länderübergreifenden KONSENS-Entwicklung eine echte Herausforderung dar. Diese zeigt sich leider oft erst im Zusammenwirken der verschiedenen Software-Bausteine aus den entwickelnden Ländern in der Pilotierung deutlich und spürbar – sowohl an den Ämtern wie auch im IT-Support.

bfg: Sie waren zuvor viele Jahre auf der strategischen Ebene mit IT- und Digitalisierungsfragen befasst. Was ist anders, wenn man plötzlich selbst die operative Verantwortung trägt – und täglich sieht, wie sehr alles von stabilen Systemen abhängt?

Koch: IT steht immer im Spannungsfeld von Stabilität und notwendigem Wandel. So sind kontinuierlich Veränderungen notwendig, um auf wachsende und sich wandelnde Anforderungen, technologische Entwicklungen und Sicherheitsrisiken reagieren zu können. Anforderungsgeber ist hier übrigens nicht nur die Anwenderseite, sondern vor allem auch die Legislative. Viele Änderungen der Steuergesetzgebung beinhalten Einsatzpflichten von Leistungen zu bestimmten Zeitpunkten. ...

Tatsächlich stehe ich jetzt wie damals in der Verantwortung für das Funktionieren der IT, bin an Entscheidungen beteiligt und stehe dafür ein, dass Probleme möglichst rasch und

nachhaltig gelöst werden.

Der maßgebliche Unterschied liegt in der Personalverantwortung, die nun mit meiner Aufgabe verbunden ist. Man kann die Herausforderungen nur meistern, wenn man sich auf ein Team verlassen kann und die Entscheidungen der Leitungsebene mitgetragen und umgesetzt werden. Und hier habe ich beim LfSt ein tolles Team.

Aber noch klarstellend: unsere Systeme halte ich für stabil. Was uns Schwierigkeiten bereitet, sind die notwendigen häufigen Änderungen an der eingesetzten Software bzw. den Fachverfahren, ob das nun neue IT-Verfahren, Releases mit neuen Funktionalitäten oder Patches und Hotfixes zur Beseitigung/Überbrückung von Programmfehlern sind.

bfg: Ihre Verantwortung ist enorm, weil jede Störung sofort spürbare Folgen in den Ämtern hat. Wie gehen Sie persönlich mit diesem Druck um, wenn gleichzeitig neue Großprojekte wie BIENE oder IKO-NOS anstehen?

Koch: Zum Glück empfinde ich es nicht als Druck, die Steuerverwaltung mit IT-Projekten voranzubringen, die ja neben Risiken natürlich auch vor allem immer jede Menge Chancen bieten. Ich sehe es als Möglichkeit, mit dem großen, kompetenten Team des IuK-Bereichs und mit meinem breiten Erfahrungswissen aktiv dazu beitragen zu können, dass die Arbeit an

den Ämtern immer besser unterstützt wird. Der Einsatz lohnt sich täglich aufs Neue für die 20.000 Beschäftigten unserer bayerischen Steuerverwaltung, das motiviert mich.

„Wir müssen verlässlich funktionieren – jeden Tag“

bfg: Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, wie eng Stabilität und Belastung miteinander verknüpft sind. Mehrere Systeme – etwa UNIFA 24.2, DB-Rb oder BIFI – waren zuletzt von Ausfällen betroffen. Teilweise mussten sogar Rollbacks auf alte Versionen erfolgen. Sie gehen auch im IT-News-Bericht vom Oktober 2025 sehr ausführlich darauf ein.

Herr Koch, wie gelingt es, nach solchen Vorfällen das Vertrauen der Beschäftigten in die IT aufrechtzuerhalten?

Koch: Ich finde, man muss sich immer wieder eins vor Augen führen: es funktioniert doch auch sehr vieles sehr gut. Bei der sehr hohen Frequenz von notwendigen Veränderungen in allen IT-Verfahren kann es natürlich trotz sorgfältiger Planung zu Problemen und Ausfällen kommen. Auch Seiteneffekte aus Projekten bleiben leider nicht immer aus.

Auch im IuK-Bereich wünschen wir uns selbstverständlich alle eine voll funktionsfähige und störungsfreie IT. Wir verstehen uns als IT-Dienstleister für die bayerischen Finanzämter und Teil des Teams der Steuerverwaltung in Bayern und arbeiten hart dafür, möglichst guten Service zu liefern. Bei Problemen werden wir schnell aktiv, weil uns bewusst ist, welche Auswirkungen jeder Ausfall auf die tägliche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben kann. Ich hoffe, dass dieses Engagement auch bei den Ämtern wahrgenommen wird, wenn es zu Störungen kommt. Wir wollen und brauchen jedenfalls den direkten Austausch, beispielsweise mit der auch deshalb neu eingerichteten Arbeitsgruppe „Kommunikation mit Praxisvertretern“.

Daneben trägt ein offener und konstruktiv-selbstkritischer Umgang intern aber auch nach außen wie z. B. durch die IT-News dazu bei. Wir haben jedenfalls kein Interesse, die Lage schön zu reden. Und natürlich wollen wir aus den Fehlern lernen und auch



Das Gespräch mit Andreas Koch führte bfg-Bezirks- und BPR-Vorsitzender Thomas Wagner

das Fehlerhandling stetig verbessern.

bfg: Was sind die Hauptursachen für die von außen betrachtet „wiederkehrenden“ Störungen – technische Komplexität, Zeitdruck oder Personal-mangel?

Koch: Richtig erkannt, meist handelt es sich nicht um das gleiche, sondern um ein anderes Problem.

Und auch richtig: Alle drei genannten Faktoren und deren Kombination spielen aus meiner Sicht hier eine Rolle.

An erster Stelle steht aus meiner Sicht aktuell die zunehmende technische Komplexität, die sich aus der wachsenden Vernetzung der IT-Verfahren ergibt. Es entstehen immer mehr verfahrensübergreifende Schnittstellen und Abhängigkeiten in der KONSENS-Welt. Neben unserem Kerngeschäft müssen wir auch immer wieder mal Anforderungen erfüllen, die andere Verwaltungen nicht übernehmen können.

Durch die Vielfältigkeit der Aufgabenstellungen kommt es natürlich zu einem immensen (Über)Planungs- und Zeitdruck im gesamten Entwicklungs- und Softwarebereitstellungsprozess. Zusätzlicher Druck entsteht, weil erst spät im Softwarebereitstellungsprozess vollständige Testmöglichkeiten mit allen relevanten Softwarekomponenten zur Verfügung stehen und es dadurch immer wieder, auch an den Schnittstellen der einzelnen IT-Verfahren, kurzfristigen Nachbesserungsbedarf gibt.

Natürlich könnten wir mit mehr Personal die vielen Aufträge schneller und besser erfüllen. Aber die Ressourcen sind endlich und wir müssen einen passenden Weg finden, all die anstehenden hochpriorisierten Themen zu bearbeiten. Das geht nur indem man weniger dringende Aufgaben nicht oder später erledigt – auch wenn sich das verschiedene andere Stellen gerne wünschen und das manchmal leider auch zu unerwünschten Effekten für die Anwenderseite wie z.B. längere Aufrechterhaltung eines Workarounds oder einer Digitalisierungslücke führt.

bfg: Im Oktober wurden auch Performanceprobleme bei eAkte, ELStAM und DigaBy dokumentiert.

Wie stellen Sie sicher, dass Lehren aus diesen Ereignissen gezogen werden und sich Fehler nicht wieder-

holen?

Koch: Alle drei genannten Beispiele haben unterschiedliche Ursachen und ziehen unterschiedliche Lehren nach sich. Entscheidend ist aber zunächst, dass schnell auf die Probleme reagiert und die Ursachen sowie idealerweise eine Behebungsmöglichkeit oder zumindest eine Umgehungslösung identifiziert werden. Darauf liegt in der Situation auch die Priorität.

Im Nachgang zu Störungen oder fehlgeschlagenen Updates treffen sich dann die Spezialistinnen und Spezialisten aus den unterschiedlichen Bereichen zu „Lessons learned“.

Bei der Untersuchung des Vorfalles haben wir z.B. gelernt, dass wir nicht mehrere Maßnahmen, die an sich alle notwendig und richtig waren, in einem Wartungsfenster kombinieren, auch wenn dies im besten Falle den positiven Effekt gehabt hätte, ein Wartungsfenster (und damit Ausfallzeit für die Ämter) einzusparen. DigaBY musste auf eine neue technische Plattform migriert werden; zugleich wurde in dem Zusammenhang auch die Softwareversion aktualisiert. Die Fehlersuche und -eingrenzung waren in dieser Situation schwierig. Zunächst vermuteten wir als Ursache einen Fehler in der neuen Hardwareausstattung oder Konfiguration und haben unsere Analysen und Aktivitäten darauf konzentriert. Das nahm einige Zeit in Anspruch. Als die Hardware als Ursache ausgeschlossen werden konnte, haben wir einen sog. Roll-Back, also die Rücknahme des Updates, initiiert. Das war im Rückblick definitiv zu spät, weil man zu lange das Update als Ursache nicht im Blick gehabt hatte.

Und manchmal zeigt sich, dass mehr Speicher einen Performance-Engpass der eAkte vorerst abmildern kann. Dazu braucht man aber die erforderlichen Mittel, und wir müssen aktuell sehr sparsam sein.

Wenn aber – wie bei ELStAM – die Verfügbarkeit externer Systeme zusätzlich Probleme verursacht, wird die Lösungsfindung noch schwieriger. Über KONSENS arbeiten hier alle Auftrag nehmenden Länder gemeinsam mit dem Bund daran, die Ausfälle künftig zu minimieren.

bfg: Wenn Systeme über Stunden oder Tage ausfallen, stehen ganze Ämter still.

Wie funktioniert in solchen Situati-

onen die Kommunikation zwischen IuK, Finanzämtern und dem Ministerium – und wie transparent darf sie sein?

Koch: Fangen wir mit dem letzten Teil der Frage an: es ist für mich weniger eine Frage des Dürfens, sondern des Könnens. Natürlich darf und muss die Kommunikation transparent sein. Was sollte dagegen sprechen?

Transparenz bedeutet in dem Kontext für mich eben auch, dass die Kommunikation von Störungen je Stakeholder-Gruppen adressatenorientiert erfolgt. Während für die Anwenderinnen und Anwender Anweisungen und ggf. Workarounds wichtig sind, möchte das Ministerium eine Übersicht über Ursachen, Auswirkungen und getroffene Maßnahmen haben. Bei all dem soll auf keinen Fall die Fehlerbehebung beeinträchtigt werden. Das muss stets im Vordergrund stehen.

Man kann allerdings nicht transparent kommunizieren, wenn man selbst kein klares Bild über die Ursache oder die Ursachen hat, die Analyse und die Eingrenzung der Fehlerquellen in einer Stresssituation sind die eigentliche Herausforderung.

Zunächst einmal müssen wir in der IuK ein Problem erkennen und eingrenzen. Bei technischen Störungen ist das für uns über die Monitoringsysteme klar ersichtlich. Deutlich schwieriger sind Verfahrensstörungen, die man erst einmal konkret greifen können muss. Erste Anhaltspunkte ergeben sich häufig aus der Finanzamts-Performanz-Landkarte, auch bekannt als FAPL. Für die möglichst rasche Klärung brauchen wir daher ein Ticket mit einer möglichst konkreten Fehlerbildbeschreibung. Das gilt es dann richtig zu bewerten und in der Dimension einzuordnen, um die notwendigen Maßnahmen, auch priorisiert, treffen zu können. Dazu gehört eine eingehende Fehleranalyse, ggf. auch unter Beteiligung anderer KONSENS-Länder.

Da sieht man schon die ersten Hürden: Gibt es ein Ticket? Ist es so beschrieben, dass sich daraus ein grundsätzliches Problem für mehrere Ämter oder gar ganz Bayern ableiten lässt? Ist die Dimension der Auswirkung auf die Arbeitsfähigkeit und den Abläufen an den Ämtern klar? Diese Fragen müssen häufig zwischen Ämtern und der Anlaufstelle und den Spezialistinnen und Spezialisten im

IuK-Bereich intensiv erarbeitet werden. Ich empfehle, die vorhandenen Möglichkeiten im Ticketsystem und die Auswirkungen so genau wie möglich zu beschreiben. Also mehr klarstellende Dramatik im Ticket selbst; dann wird schon der Service Desk aufmerksam/hellhörig. Nur im Ausnahmefall ist dann überhaupt noch direkte Sensibilisierung notwendig. Das Ministerium wird von uns grundsätzlich proaktiv über spürbare Ausfälle informiert. Das können wir allerdings erst machen, wenn wir das Problem identifiziert und analysiert sowie behebende Maßnahmen in die Wege geleitet haben.

Zusammenfassend auf die Frage würde ich sagen, dass es zwar keine „wochenlangen Ausfälle ganzer Anwendungen“ gab, allerdings schon auch, dass es durch das Zusammentreffen von Änderungen in Funktionalitäten und von fehlerhaften oder mehrtätig gar nicht verfügbaren Funktionalitäten sich subjektiv – je nach Aufgabenzuschnitt – nach einem Ausfall ganzer Anwendungen anfühlen kann.

„Ohne verlässliche digitale Systeme ist die Steuerverwaltung nicht arbeitsfähig“

bfg: Die IT-Belastung ist enorm. Die bfg hat in den Gesprächen mit dem Finanzministerium immer wieder betont, dass ohne stabile Fachverfahren die Steuerverwaltung nicht arbeitsfähig ist.

Gleichzeitig wurde der große Einsatz der Kolleginnen und Kollegen in der IuK ausdrücklich gewürdigt.

Wie schätzen Sie die personelle Lage im IuK-Bereich derzeit ein?

Koch: Die Aufgaben in der IT und deren Komplexität wachsen täglich, es laufen aktuell zahlreiche Projekte gleichzeitig. Wir sind dankbar, dass wir im letzten Doppelhaushalt insgesamt 129 Stellen dazu bekommen haben und diese auch besetzen konnten, damit wir den Anforderungen besser gerecht werden und uns auch neuen Themen wie der KI konkret widmen können. Dennoch würde ich die Lage als angespannt bezeichnen, weil immer wieder neue Aufträge eingespeist werden, die wir nicht alle gleichzeitig neben den bereits laufenden Aufgaben und Projekten erfüllen können. Man denke beispielsweise an das neu hinzugekommene Thema



der Finanzamtsstrukturoptimierung, das nun priorisiert viele Kapazitäten bindet.

bfg: Was kann kurzfristig getan werden, um die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten – hilft Unterstützung von außen?

Koch: Im KONSENS-Bereich in Teilen sicherlich ja, wir haben heute bereits zahlreiche externe IT-Dienstleister, die uns unterstützen. Hier ist die Finanzierung dann gesichert. Das wollen wir weiter ausbauen. Man muss sich aber bewusst sein, dass das einen Change-Prozess für viele Mitarbeitende bedeutet. Statt selbst zu programmieren, koordiniert man andere. Hier gilt es alle Beteiligten mitzunehmen. Bei bayerischen IT-Projekten ist das anders, hier können wir mangels finanzieller Mittel Aufgaben kaum auf externe Dienstleister auslagern, zumal diese deutlich teurer wären als der Einsatz von eigenem Personal.

bfg: Gleichzeitig übernimmt Bayern im KONSENS-Verbund bundesweite Aufgaben.

Wie realistisch ist das leistbar, wenn gleichzeitig Stabilität und Personaldecke auf Kante genäht sind?

Koch: Wir leisten gerne einen zentralen Beitrag im KONSENS-Verbund, wobei wir unsere Leistungen abrechnen können. Das gilt auch für das eingesetzte Personal, das im Ergebnis für KONSENS arbeitet. Aus meiner

Sicht haben wir dadurch wesentliche Teile der SW-Produktionskette in bayerischer Hand. In diesen Bereichen können wir uns stärker engagieren, aktiv zur Verbesserung der Softwarequalität beitragen und die Wünsche sowie Anforderungen unserer Anwenderinnen und Anwender gezielter berücksichtigen.

bfg: Der Fachkräftemangel zieht sich durch alle Ebenen.

Wie gelingt es, erfahrene IT-Beschäftigte zu halten – und junge Leute langfristig für diesen Bereich zu gewinnen?

Koch: Das gelingt uns erstaunlich gut, würde ich sagen. Wir waren im letzten Jahr erfolgreich auf dem freien Markt und konnten zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen für eine Arbeit in der IuK des LfSt gewinnen. Dabei sind diese nicht immer jung, sondern zum Teil auch sehr berufserfahren. Der ein oder andere ergreift gern die Chance, für die letzten 10 Jahre seines Berufslebens Verwaltungsluft zu schnuppern und sich hier einzubringen. Natürlich verlässt uns immer wieder der eine oder die andere, um sich, meist an anderen Stellen der bayerischen Verwaltung, neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Das finde ich nachvollziehbar. Ich bin aber überzeugt, dass der überwiegende Teil der Belegschaft gern im LfSt arbeitet.

Teil 2 in den Dezemberausgabe



Die Arbeit in den Finanzämtern steht selten im Rampenlicht – doch sie hält den Staat am Laufen. Zwischen Statistikdruck, Grundsteuerreform und Fachkräftemangel sichern die Beschäftigten Tag für Tag die Handlungsfähigkeit Bayerns.

Verwaltung mit Verantwortung – und Wirkung: Diese drei Worte beschreiben am besten, was tagtäglich in den bayerischen Finanzämtern geschieht. Jeder Steuerbescheid ist mehr als nur ein Verwaltungsakt. Er ist das Ergebnis aufwändiger Arbeit und zugleich der Beginn einer Wirkungskette, die weit über das einzelne Schreiben hinausreicht. Tag für Tag tragen die Beschäftigten der Steuerverwaltung dazu bei, dass Bayern handlungsfähig bleibt. Sie sichern Einnahmen, gewährleisten Gerechtigkeit und sorgen dafür, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Was hier auf den ersten Blick nach trockener Verwaltung klingt, ist in Wahrheit ein zentraler Beitrag für unser Gemeinwesen.

Vom Steuerbescheid zur Staatsfinanzierung

Der Weg des Steuer-Euro beginnt dort, wo Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern mit Sachver-

stand und Genauigkeit ihre Arbeit tun. Jede Berechnung, jede Prüfung, jeder Bescheid ist Teil eines großen Ganzen – der Finanzierung des Staates. Erst durch diese Arbeit werden öffentliche Leistungen möglich: von der Kinderbetreuung über den Katastrophenschutz bis zur Kulturförderung. Die Steuerverwaltung ist damit weit mehr als eine Einnahmeverwaltung – sie ist das Rückgrat staatlicher Handlungsfähigkeit.

Im Jahr 2024 nahm die bayerische Steuerverwaltung über 140 Milliarden Euro ein. Das zeigt eindrucksvoll, wie bedeutend die Arbeit in den Finanzämtern für den gesamten Freistaat ist. Hinter dieser Zahl stehen unzählige Entscheidungen, Berechnungen und Prüfungen – kurz: das tägliche Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen. Oft wird dieser Beitrag kaum wahrgenommen. Doch ohne diese Arbeit gäbe es keine funktionierende Infrastruktur, keine verlässlichen kommunalen Haushalte und keine Sicherheit, dass der Staat seine Versprechen auch einhalten kann.

Von den Finanzämtern zu den kommunalen Haushalten

Ob Einkommensteuer, Umsatzsteuer oder Körperschaftsteuer – alle

Steuern fließen in den öffentlichen Haushalt. Ein Teil verbleibt im Freistaat, ein Teil geht über den Bund an andere Länder und Kommunen. Das Grundgesetz, das Gemeindefinanzreformgesetz und das Bayerische Gesetz über den Finanzausgleich regeln, wie die Steuereinnahmen verteilt werden. So wird sichergestellt, dass die Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Der kommunale Finanzausgleich ist dabei das zentrale Instrument: Er gleicht Unterschiede in der Steuerkraft zwischen den Gemeinden aus und sorgt für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns.

Für das Jahr 2025 umfasst er 11,98 Milliarden Euro – rund 600 Millionen mehr als im Vorjahr. Davon entfallen etwa 4,85 Milliarden Euro auf Schlüsselzuweisungen: rund 3,1 Milliarden für Gemeinden und 1,75 Milliarden für Landkreise. Mit diesen Geldern können Kommunen ihre Aufgaben in Bildung, Betreuung, Infrastruktur und sozialer Daseinsvorsorge erfüllen. So wird aus einem Steuerbescheid in München ein Kindergarten in Oberfranken, aus einer Körperschaftsteuererklärung in Augsburg ein saniertes Schulgebäude in der Oberpfalz.

Einnahmen der Gemeinden – gerechter Ausgleich und eigene Verantwortung

Die Gemeinden finanzieren sich zum Teil über eigene Steuern, vor allem über die Gewerbe- und Grundsteuer. Darüber hinaus erhalten sie Anteile an der Einkommensteuer, die im Gemeindefinanzreformgesetz geregelt sind. Nach Art. 106 Abs. 5 GG steht ihnen ein fester Anteil am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer zu. Die Verteilung erfolgt nach dem örtlichen Steueraufkommen, wobei einkommensschwächere Gemeinden durch Ausgleichsmechanismen gestärkt werden.

Gerade die Grundsteuer spielt dabei eine wichtige Rolle: Sie sichert den Gemeinden stabile Einnahmen und kann durch die Hebesätze vor Ort eigenverantwortlich gestaltet werden. So verbindet die Steuerverwaltung landesweite Gleichheit mit kommunaler Selbstbestimmung – eine Balance, die unser föderales System trägt. Wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Haushalte beschließen, stehen sie also auch auf dem Fundament unserer Arbeit in den Finanzämtern.

Vom Haushaltsplan zum Kindergartenplatz

Die Kommunen planen ihre Haushalte auf Basis der erwarteten Einnahmen, inklusive der Zuweisungen aus dem Finanzausgleich. Im Rahmen dieser Planung wird festgelegt, wie viel Geld in Bildung, Betreuung, Infrastruktur und soziale Leistungen fließt. Die rechtliche Grundlage bildet die Kommunale Haushaltsordnung (KHO).

Besonders sichtbar wird die Wirkung öffentlicher Einnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung. Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) unterstützt Kommunen bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Kindertageseinrichtungen.

Zudem fördert das Landesprogramm Ganztagsausbau Investitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. So entstehen durch Steuermittel konkrete Verbesserungen im Alltag vieler Familien: neue Gruppenräume, mehr Betreuungsplätze, bessere Ausstattung.

Allein im Jahr 2024 wurden über eine Milliarde Euro aus dem Finanzausgleich in Schulen und Kitas investiert – Mittel, die letztlich aus der täglichen



Beim kommunalen Finanzausgleich 2026 steht den Städten, Gemeinden und Landkreisen in Bayern deutlich mehr Geld zur Verfügung. Insgesamt fließen 12,83 Milliarden Euro – 846 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen 3,9 Milliarden Euro aus dem Bundes-Sondervermögen für kommunale Investitionen. Finanzminister Albert Fürkner (Mitte) stellte das Paket gemeinsam mit Wirtschaftsminister Aiwanger und Vertretern des Landtags und der Kommunen Ende Oktober vor.

Arbeit in den Finanzämtern stammen. Vom Steuerbescheid bis zum Kindergarten – das ist ein weiter Weg, aber er zeigt, wie konkret Verwaltung wirkt.

Der oft unsichtbare Beitrag

Der Weg vom Steuerbescheid bis zum Kindergarten ist komplex, aber klar geregelt. Er basiert auf Gesetzen, auf Planung – und auf der präzisen Arbeit tausender Beschäftigter, die ihre Verantwortung ernst nehmen. Sie sind die Verbindung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat. Mit jedem Bescheid sorgen sie dafür, dass Einnahmen gerecht erhoben und öffentliche Mittel wirksam eingesetzt werden.

Und trotzdem: Wir in der Steuerverwaltung stehen selten im Rampenlicht. Wenn über den öffentlichen Dienst gesprochen wird, sind meist Lehrkräfte oder Polizei gemeint – kaum jemand denkt an die Finanzämter.

Dabei tragen gerade wir mit unserer Arbeit dazu bei, dass all das überhaupt finanziert werden kann, was später sichtbar wird. Hinzu kommen steigende Arbeitsbelastung, hoher Statistikdruck und der ständige Spagat zwischen Qualität, Terminen und knapper Personaldecke. Da kann die Freude an der Arbeit manchmal auf der Strecke bleiben.

Umso wichtiger ist es, sich klarzumachen, welchen Unterschied unsere Arbeit tatsächlich macht.

Jede geprüfte Erklärung, jeder Bescheid, jedes Verfahren sorgt dafür, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann – zuverlässig, gerecht und stabil. Das ist unser Beitrag zur Demokratie, auch wenn er oft leise bleibt.

bfg: Wir machen sichtbar, was Verwaltung leistet

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wie ihre Steuergelder verwendet werden.

Viele Kommunen und Finanzbehörden veröffentlichen heute Haushaltspläne, Berichte oder Zuweisungsbescheide und zeigen so, wie Steuern wirken. Diese Transparenz stärkt das Vertrauen in den Staat – und macht deutlich, welchen Beitrag die Beschäftigten in der Steuerverwaltung täglich leisten.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir selbstbewusst zeigen, was wir tun – und was ohne uns nicht funktionieren würde. Wir halten den Staat am Laufen, sichern Gerechtigkeit und schaffen die Grundlage für das, was andere sichtbar machen.

Wir sind diejenigen, die die Mittel bereitstellen, mit denen Bildung, Sicherheit, Gesundheit und soziale Teilhabe überhaupt möglich werden.

Aus Steuerbescheiden werden Kindergärten, Straßen, Feuerwehren – kurz: Zukunft.

Verwaltung mit Verantwortung – und Wirkung. Das ist unser Beitrag für Bayern.



AStQ4-Herbstseminar „Gesund und resilient in die Arbeitswelt der Zukunft – mehr Selbstbestimmung durch KI und Digitalisierung!“

Beim diesjährigen Herbstseminar des Arbeitskreises der QE4 in Ansbach unter der Leitung von Claudia Leimeter (Amtsleiterin des FA Ingolstadt), Dr. Anna Haßfurter (Ständige Vertreterin der Amtsleitung des FA Burghausen) und Claudia Wienand (Amtsleiterin des FA Eichstätt) mit dem Titel „Gesund und resilient in die Arbeitswelt der Zukunft – mehr Selbstbestimmung durch KI und Digitalisierung!“ wurde u.a. erarbeitet, wie fünf verschiedene Amtsleiterinnen und Amtsleiter mit Herausforderungen der Babyboomer und GenZ umgehen. Außerdem wurden Neuigkeiten aus dem BayStMFH, aus der Gewerkschaftstätigkeit und aus dem LfSt zu den aktuellen organisatorischen Fokusthemen sowie die Frage „Gesund bleiben trotz hoher Anforderungen“ besprochen. Ergänzt wurde das Seminar mit einem Blick auf die Aufgaben des BayORH.

Generationenkonflikte

Das dreitägige Seminar startete mit einem Workshop mit fünf Amtsleitungen unterschiedlicher Finanzämter, Andrea Diezmann (FA Eggenfelden), Claudia Wienand (FA Eichstätt), Elisabeth Brennauer (FA Neu-Ulm), Bernd Lindner (FA Neumarkt) und Michael Röder (FA Uffenheim). Unter dem Titel „Von Babyboomer bis GenZ – Generationenkonflikte mit neuen Herausforderungen an Führungskräfte“ durften die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

alle Fragen stellen, die sie schon immer der Amtsleitung stellen wollten. Spannend war es zu sehen, wie sich die Antworten teilweise abhängig von Struktur und Größe der Ämter und der Persönlichkeit der Amtsleitungen unterschieden. Durchgängig wurde die mangelnde Lebenserfahrung als Problem gesehen. Durch den Wegfall der Babyboomer wird dieses Gut auch nicht mehr weitergegeben. Insgesamt sieht man, dass sich die unterschiedlichen Generationen gut in Teams einbinden und auch die Jüngeren die Lebensleistung der Älteren anerkennen.

Gesund bleiben

Der nächste Tag startete mit einem Vortrag des Diplom-Psychologen Egid-Quirin Roth vom psychosozialen Beratungsdienst beim LfF zum Thema „Gesund bleiben trotz hoher Anforderungen – wie können Menschen trotz Herausforderungen, Krisen, Konflikten und Beanspruchung psychisch gesund bleiben?“. Sehr schnell kam die Frage auf, ob Resilienz die Lösung für Überlastungsprobleme ist. Herausgearbeitet wurde, dass der Großteil der Bevölkerung trotz Belastung stabil und funktionsfähig bleibt. Ein Resilienztraining hilft nur, wenn es dauerhaft durchgeführt wird. Aber drei Grundüberzeugungen sind zumindest Voraussetzung für eine stabile Funktionsfähigkeit: Optimismus, Vertrauen in die eigene Fähigkeiten und Bedrohungen als

Herausforderungen betrachten. Ziel muss für jeden sein, handlungsfähig zu bleiben und durch realistische Bewertung Positives zu finden.

Strukturreform

Anschließend informierte der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski ausführlich über die Finanzamtsstruktur-optimierung, die seines Erachtens die größte Reform seit der Gebietsreform sei. Es sei ein umfangreiches Projekt mit vielen Hürden, u.a. wegen verschiedener EDV-Verfahren und der angespannten Haushaltslage. Deshalb sehe er noch keine genauere Zeitschiene. Diese Reform solle die Kleinstarbeitseinheiten auflösen und mehr Flexibilität bringen. Die Führungsebene werde sich nicht verschlechtern, aber auch nicht verbessern. Vielleicht aber mittelfristig. Amtsleitungen müssen auf alle Fälle ein ausgeprägtes Bewusstsein für Kommunikation haben.

Arbeit des ORH

Den Nachmittag bestritt MDirig Dr. Florian Schorner vom Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH). Es wurde der ORH im Staatsaufbau und seine Geschichte dargestellt. Seine Aufgabe ist, Defizite finden, aufzeigen und Verbesserungsempfehlungen an die Hand zu geben. Dafür ist der jährliche Bericht „Opus Magnus“ zur Entlastung der Staatsregierung bekannt. Weiterhin könne sich der ORH beratend äußern. Ein Weisungs-

recht habe er nicht; er müsse mit Argumenten überzeugen. Deshalb nenne man ihn auch gerne „Ritter ohne Schwert“. Als Hilfsmittel dient seit August die KI, mit der Auffälligkeiten und Abweichungen schneller festgestellt werden sollen.

Organisation der Steuerverwaltung

Der letzte Tag stand ganz im Lichte der Zukunft der Finanzverwaltung. Hubertus Rust, als Leiter der Abteilung St 1 beim BayLfSt insbesondere zuständig für Grundsatzfragen der Organisation und Koordinierung, warf einen Blick auf die organisatorischen Fokusthemen in 2025. Das ist u.a. die Fokussierung der Dienstleistung auf die Bürger durch Modernisierung des Services. Hier kommt IKONOS und die Hotline ins Spiel. Neben flexiblen Arbeitswelten, Verbesserung des Informationsflusses, Entlastung von Routinearbeiten durch Digitalisierung etc. war natürlich die Schaffung moderner Strukturen, d.h. die Finanzamtsstrukturreform ein großes Thema. Klar, deutlich und übersichtlich brachte Rust das Thema näher.

Führen in künftigen Strukturen

Daran knüpfte der abschließende Vortrag des Seminars nahtlos an, gehalten von Dr. Leonhard Kathke, Leiter des Personalreferats am BayStMFH, zu aktuellen Themen im Finanzministerium. Dabei ging Kathke insbesondere auf die Frage ein, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besonders interessierte – die Finanzamtsumstrukturierung (FAS) aus Sicht des FM. Die FAS solle sehr zügig voran gehen, weniger als fünf Jahre, denn die Amtsleitungen wollten die FAS und der Finanzminister mache es für sie. Dadurch solle die Kleinteiligkeit beendet werden und größtmögliche Flexibilität erreicht werden. Darin sieht er die Chancen für jeden einzelnen. An den Führungsaufgaben der Sachgebietsleitungen ändere sich nichts. Wie bei Führen aus der Ferne komme es auf die Ergebnisse an. Mehr Engagement werde für das Onboarding, d.h. gemeinsame Kaffeerunden, Essen und Events, geplant werden müssen. Die interessante Führung durch das



Claudia Wienand bedankt sich bei Dr. Leonhard Kathke und Dr. Florian Schorner für deren Beiträge.

Theater Ansbach – Kultur am Schloss und der wertvolle Erfahrungsaustausch zwischen erfahrenen und neuen Führungskräften an den gemeinsamen Abenden rundeten das gelungene Programm ab.

So gut, so günstig: unsere Kfz-Versicherung

Bis zu
30%
sparen

+

Zusätzlich
30€
bfg-Bonus

Mit unserer günstigen Kfz-Versicherung profitieren Sie von diesen Vorteilen:

- ✓ Mit dem Telematik-Tarif bis zu 30% in der Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherung sparen.
- ✓ **30-Euro-Bonus mitnehmen.** bfg-Mitglieder, die mit ihrer Autoversicherung als Neukund: in zur HUK-COBURG wechseln, erhalten einen Bonus von je 15 € im Beginnjahr und 15 € im ersten Folgejahr.

Wechseln Sie bis zum 30.11.
zur ausgezeichneten
Kfz-Versicherung
der HUK-COBURG!



Mehr Informationen und Ihren persönlichen Ansprechpartner vor Ort finden Sie unter huk.de/dstg



Bayerische
Finanzgewerkschaft



Seit sich die bfg nach dem Beschluss der Komplettverlagerung des Standorts Herrsching des Fachbereichs Finanzwesen der HFÖD im Jahr 2020 erstmals kritisch dazu geäußert hatte, waren immer wieder Stimmen der Art zu hören, ob die bfg denn glaube, die Hochfranken seien dümmer als die Südbayern ... Für einen solchen Vorwurf hatte die bfg aber nie den geringsten Anlass geboten. Und wer weiß, dass der bfg-Bezirksvorsitzende aus der Region stammt und enge Kontakte zum Frankenwald pflegt, weiß auch, wie absurd dieser Vorwurf ist.

Im Zentrum der von der bfg auch in der Ausgabe 08-09/2025 wieder vorgebrachten Kritik steht die Sorge, dass es für den Standort Kronach nicht gelingen werde, die benötigte Zahl an Dozenten zu gewinnen. Wie wir alle wissen, erfolgt die Lehre an unserer Hochschule nicht durch ordentlich bezahlte Professoren, sondern durch haupt- und nebenamtliche Dozenten aus dem Kreis der Finanzbeamten. Deren Rekrutierung ist kein Selbstläufer! Zum einen weil die wenigsten Finanzbeamten Dozenten sein wollen, zum anderen, weil das Talent dazu auch nicht jedem in die Wiege gelegt wurde. Und dann bleibt immer noch die räumliche Nähe zwischen Wohn- und Arbeits-

ort einerseits und dem Standort der Hochschule andererseits. Denn wo bisher der Münchner Betriebsprüfer oder die Münchner Betriebsprüferin für einen halben Tag nach Herrsching rausgefahren ist, wird er bzw. sie das im Falle von Kronach nicht mehr tun (können oder/und wollen).

Und damit sind wir bei Wahrscheinlichkeiten. Es geht dabei um die Zahl der Beschäftigten der 3. und 4. QE, die für die Lehre an der Hochschule in Frage kommen – und wie die Erfahrung zeigt, ganz stark auch um die Betriebsprüfer.

Während bei einer Straßenentfernung von 45 km um Herrsching herum an den Finanzämtern 1.544 Stellen ausgewiesen sind, davon 546 in der Bp, sind dies im gleichen Umkreis um Kronach 105, wovon 34 in der Bp angesiedelt sind. In Herrsching kommen jedoch noch mehr als 600 entsprechende Stellen an Ministerium und Landesamt für Steuern dazu.

Erweitert man den Kreis der Betrachtung auf 80 km, ergeben sich für Herrsching 2.400 Stellen, wovon 617 in der Bp angesiedelt sind, für Kronach 369 bzw. 109. Geht man auf 100 km, ergeben sich für Herrsching etwa 2.880 mit 749 Stellen in der Bp, für

Kronach II

Kronach 502 bzw. 151. Eine größere Weitung macht zu Vergleichszwecken auch deshalb keinen Sinn, weil Franken mit der Landesfinanzschule in Ansbach eine weitere Lehraufgabe maßgeblich zu bestreiten hat.

Während man – insbesondere bei einer Verbesserung der Besoldung! – die hauptamtlichen Dozenten für Kronach wohl gewinnen wird können, weil es letztlich nur um etwa 30 Personen gehen wird, sieht es bei den Nebenamtlichen anders aus! Derzeit erfolgen rund 60 % der Vorlesungen durch nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten. Etwa 280 Kolleginnen und Kollegen sind dafür im Einsatz, ein Drittel davon für Kaufbeuren. Aber selbst die personellen Synergien mit dem nahen Ostallgäu werden ja gekappt ...

Angesichts dieses geringen Reservoirs an Beschäftigten, die als Dozenten in Frage kommen, bleibt die bfg bei ihrer Aussage in der vorletzten Zeitungsausgabe: es besteht „die große Gefahr, dass es – unter den heutigen Bedingungen – nicht gelingen wird, die benötigte Zahl an Dozentinnen und Dozenten für Kronach zu gewinnen.“ Für unsere Verwaltung ist das eine existenzielle Frage!



Foto: Hanns-Seidel-Stiftung / Samuel Gumberger

80 Jahre CSU

Beim Festakt „80 Jahre CSU“ wurde am 25. Oktober in der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung der Gründung der Partei im Jahre 1945 gedacht und ihre Entwicklung seit der Nachkriegszeit dargestellt. Geladen waren neben der Parteispitze CSU-Mandatsträger und Vertreter aus

Politik und Gesellschaft, unter ihnen bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski. Höhepunkte der Veranstaltung waren die Rede des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Er stellte Grundsatzpositionen seiner Partei dar, etwa die Westbindung und die Mitgliedschaft in der NATO, das Bekenntnis zum

Judentum und zu Israel, zur sozialen Marktwirtschaft, zu Fortschritt und Tradition. Angesichts der Diskussion um eine stärkere Abgrenzung gegen die AfD nannte er die CSU ein Bollwerk gegen alle, die unsere Demokratie herausfordern, und versprach: „Wir überlassen das Feld nicht den Radikalen!“

Kabarettist Wolfgang Krebs gab sodann in bekannter Manier humoristische Eindrücke aus dem Innenleben der CSU wieder – als Ex-Parteichef und Ex-MP Edmund Stoiber, der selbst nicht anwesend war ... Die einzig anwesenden Ex-CSU-Vorsitzenden waren damit Theo Waigel und Erwin Huber. Zu ihnen gesellte sich der bfg-Vorsitzende zu einem Finanzergipfel. Denn Erwin Huber war bekanntermaßen zweimal Bayerischer Finanzminister und Theo Waigel von 1989 bis 1998 Bundesfinanzminister und damit maßgeblich am Zustandekommen und der Umsetzung der Deutschen Einheit sowie der Einführung des Euro als europäischer Währung beteiligt. – Ihm war es dann auch vorbehalten zum Abschluss der Veranstaltung vor den rund 400 geladenen Gästen Anekdoten aus der CSU-Geschichte preiszugeben und über politische Herausforderungen gestern und heute zu sprechen.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ zu Sonderkonditionen.



Nur für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen

- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte (Visa) zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon oder
WhatsApp 0721 141-0
und auf www.bbbank.de/dbb

Einfach hier bestellen:
www.bbbank.de/dbb



¹ Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Ausgabe einer Kreditkarte

Folgen Sie uns



...DER NEWSTICKER...

..DER NEWSTICKER.....



Austausch mit MdL Wolfgang Fackler Strukturreform – aber für die Beschäftigten!

Zu unserem Mitglied Wolfgang Fackler besteht seit seinem Einzug in den Bayerischen Landtag im Jahr 2013 ein besonders enger Kontakt. Das war anfangs auch seinen politischen Funktionen geschuldet. Denn ab 2013 war Fackler Mitglied im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Letzterem stand er dann von April 2018 bis Herbst 2023 sogar vor. Seither übt Fackler die Funktion des Bürgerbeauftragten der Staatsregierung aus, wo er sich auch regelmäßig in einer Situation befindet, Bürgern staatliches Handeln auseinanderzusetzen. Im Gespräch mit bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski ging es im Wesentlichen um die Strukturreform der Finanzämter, aber auch den anstehenden Doppelhaushalt und die Diskussionen um die Einschränkung von Teilzeit sowie Stellenabbau in der Staatsverwaltung. Fackler, dessen Karriere im Finanzamt dereinst im mittleren Dienst begonnen und ihn nach einem Jurastudium als Oberregierungsrat an die Spitze einer Bp-Stelle geführt hatte, war sich mit dem bfg-Vorsitzenden darin einig, dass die Reform eine für die Beschäftigten werden müsse. Er begrüßte deshalb entsprechende Aussagen des Finanzministers zu maximaler Flexibilität und der Möglichkeit, jede Aufgabe von jedem Standort aus zu erledigen. Sorge bereitet Fackler aber die starke Reduzierung von Amtsleiterpositionen und die Frage, wie attraktiv eine solche Struktur mit nur noch rund 20 Amtsleitungen auf junge Juristen und Betriebswirte noch wirke. Er plädierte daher für ein Nachbessern in diesem Bereich.



Konrad Adam für 40 Jahre in der bfg

Im Rahmen der Landesvorstandssitzung ehrten Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski und Bezirksvorsitzender Thomas Wagner den stellvertretenden Vorsitzenden des bfg-Bezirksverbands Nordbayern, Konrad Adam, für 40 Jahre Mitgliedschaft in der bfg. Wipijewski und Wagner dankten ihm auch für sein jahrzehntelanges Engagement in der Personalrats- und Ortsverbandsarbeit.



Anwärter-Vereidigung in der Meistersingerhalle Nürnberg

Mitte Oktober fand in der Nürnberger Meistersingerhalle die inzwischen traditionelle Vereidigung der neuen Anwärterinnen und Anwärter aus der gesamten Finanzverwaltung statt. Insgesamt 1.530 Anwärterinnen und Anwärter der 2. und 3. QE hatten zuvor im September und Oktober im Finanzressort Ausbildung und Studium begonnen: rund 1.440 in der Steuerverwaltung und rund 90 in der Staatsfinanzverwaltung beziehungsweise dem Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sowie bei der Staatlichen Lotteriede- und Spielbankverwaltung. Die bfg begrüßt die neuen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich!

Am Rande der Vereidigung, die heuer von Staatssekretär Martin Schöffel vorgenommen wurde, kam es auch zu einer ganzen Reihe von Gesprächen mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung. So zeigt das Foto den bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski und seine Stellvertreterin Nina Gürster zusammen mit Landtagsvizepräsident Tobias Reiß, öD-Vize Alfred Grob und der neuen HföD-Präsidentin Birgit Hensger.

175 Jahre Bavaria

Zu den vielen Objekten, die von den Beschäftigten der Schlösserverwaltung gepflegt und verwaltet werden, gehört auch die Bavaria hoch über der Münchner Theresienwiese, die vor 175 Jahren enthüllt worden war. Zur Feier dieses Jubiläums waren der Ministerpräsident und der Finanzminister gekommen. Mit einer Höhe von über 18 Metern und einem Gewicht von rund 78 Tonnen gehört die Bavaria zu den größten Bronzegüssen der Welt und ist die einzig begehbare Großbronze in Deutschland. Pro Jahr steigen ihr rund 20.000 Besucher in den Kopf.





Tagung der DSTG-Frauen

Bei der politischen Sitzung der DSTG Bundesfrauenvertretung waren Stefanie Franke, Marina Wegele und Katharina Hacker für die bfg in Saarbrücken vor Ort. Neben dem Bericht der Vorsitzenden der DSTG Bundesfrauenvertretung Johanna Mieder über Rück- und Ausblicke mit vielen Impulsen für die Arbeit der Frauenvertretungen gab Margaret Horb, die stellvertretende Vorsitzende der DSTG Bundesleitung, einen Einblick in die aktuellen zentralen Themen aus Berlin. Aus der Politik waren neben dem Staatssekretär des Finanzministeriums Wolfgang Förster auch der Finanzminister Jakob von Weizsäcker geladen und standen den Teilnehmerinnen für ein ausführliches Gespräch zur aktuellen Situation in der saarländischen Finanzverwaltung zur Verfügung.



Parteitag von B90/Die Grünen in Erlangen

Nachdem der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski vor wenigen Wochen beim Parteitag der BayernSPD in Landshut zu Gast war, war er Ende Oktober nun auch zum Landesparteitag von B 90/ Die Grünen als Ehrengast geladen. Die Delegierten bestätigten in Erlangen mit Eva Lettenbauer und Gisela Sengl die bisherige Parteispitze. Im Leitantrag „Preis runter, Leben rein – bezahlbares Wohnen“ fordern die Grünen einen starken öffentlichen Wohnungsbau oder auch eine Grundsteuer C. Neben Abgeordneten des Bayerischen Landtags waren auch solche des Deutschen Bundestages vertreten, so der Grünen-Obmann im Finanzausschuss, MdB Sascha Müller aus Nürnberg.

WIR GRATULIEREN

90. Geburtstag

Bernhard Daum, FA Nürnberg-Süd

85. Geburtstag

Fritz Winkler, HföD FB Finanzwesen; Karl Müller, FA Forchheim; Horst Schelbert, FA Hersbruck; Ludwig Leimer, FA München Abt. V, BP; Günter Mayerhöfer, FA Neumarkt

80. Geburtstag

Herbert Roth, FA Aschaffenburg; Walter Kellner, FA Weiden; Johann Stöckl, FA Wasserburg

75. Geburtstag

Gabriele Götzbrugger, FA Augsburg-Stadt; Irene Aigner, LfF DSt Landshut BAST Passau; Elisabeth Holland, LfF DSt Augsburg; Katharina Renner, FA Neu-Ulm; Reinhard Wohlrab, FA Wunsiedel; Maria Knott, FA Straubing; Wolfgang Obermeier, FA Eggenfelden; Christa Mörder-Fischer, FA Amberg; Elisabeth Hauck, FA Bad Neustadt; Helmut Miethig, FA Bayreuth; Bernhard Hölzgen, FA Regensburg; Helmut Pfeiffer, FA Würzburg; Hans Kehrer, FA Würzburg; Gertraud Vestner, FA München Abt. II BAST Deggendorf; Xaver Posch, FA München Abt. II BAST Straubing; Marijke Schneider, FA Forchheim; Hermann Dasch, LfSt DSt Nürnberg; Ladislaus Nemeth, FA Regensburg; Peter Hoyer, FA München Abt. V, BP

70. Geburtstag

Gerlinde Rehm, FA Dillingen; Marianne Euband, FA Kaufbeuren; Irene Ellner, FA Kulmbach; Walter Ludwig, FA Günzburg; Ferdinand Wurm, FA Straubing; Margit Martin, FA Lindau; Doris Arlt, FA Lindau; Elke Heilingötter, FA Würzburg; Günther Dannemann, FA Neu-Ulm; Klaus Nüchtern, FA Aschaffenburg; Ursula Fahnrbauer, FA Neumarkt; Leonhard Kufner, FA Erding; Cornelia Giebel, ZFA Nürnberg; Ralph-Peter Nienkirchen, FA Freising; Helmut Lemberger, FA München Abt. VI, Erhebung; Michael Löffelberger, FA Rosenheim; Wolfgang Lechner, LfF DSt Augsburg; Sophie Schötz, FA Straubing; Marianne Schlecker, bfg-GSt; Erwin Bürk, FA Regensburg; Rita Vonbrunn, FA Kronach; Konrad Büchler, FA Aschaffenburg; Maria Brebeck, FA Deggendorf; Gisela Schwung, FA Günzburg; Ottmar Benker, FA Münchberg

65. Geburtstag

Jürgen Müller, FA Hof; Manfred Losert, FA Karlstadt; Ute Quade-Höra, FA Hersbruck; Waltraud Perras, FA Kelheim; Dietmar Berninger, FA Aschaffenburg; Gabriele Widmann, FA Berchtesgaden; Christine Falter, FA Deggendorf; Peter Ammersbach, FA Karlstadt; Michaela Kempf, FA Kronach; Reingard Hohmann, FA Traunstein; Mathilde Reisch, FA Ingolstadt; Wolfgang Joos, FA Immenstadt; Andrea Spielmann, FA Aschaffenburg; Hubert Muhr, FA Traunstein; Peter Kaspar, FA Landsberg; Hans Jürgen Härtel, FA Amberg; Albrecht Goldhammer, FA Aschaffenburg; Rainer Flügge, FA Würzburg; Peter Willner, FA Lindau; Thomas Werner, IMBY Zentrale; Matthias Paukert, FA München Abt. VI, Erhebung

Runde Geburtstage im November 2025



AK Steufa tagt: Engagement, klare Worte und viele Themen

Im Oktober kam der Arbeitskreis Steuerfahndung (AK Steufa) der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) zu seiner Herbstsitzung in Regensburg zusammen. Der AK Steufa setzt sich aus den bfg-Ortsvorsitzenden der Finanzämter mit Steuerfahndungsstellen sowie Kolleginnen und Kollegen aus den Steuerfahndungsstellen zusammen.

Auf der Tagesordnung standen zahlreiche aktuelle Themen – von Beförderungsmöglichkeiten über Strukturfragen bis hin zu den Herausfor-

derungen der digitalen Arbeitswelt. Breiten Raum nahmen die Digitalisierungsprojekte KONSENS BuStra/Steufa, eSPOG, ZAS und EASyS ein. Die Erfahrungen mit KONSENS BuStra/Steufa sind vor Ort – bedingt durch unterschiedliche Schulungszeitpunkte – noch sehr verschieden. Unabhängig davon zeigt sich bereits jetzt, dass das Programm noch weiterentwickelt werden muss und zugleich Klarheit über die künftige Anwendung von eSPOG und der elektronischen Strafakte erforderlich ist.

Ein weiteres zentrales Anliegen war die Forderung nach mehr Beförderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten – denn die Tätigkeiten in der Steuerfahndung werden zunehmend komplexer. Deutlich wurde: Digitalisierung verändert die Arbeit spürbar, sie kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Technik verlässlich funktioniert und die Beschäftigten auf diesem Weg mitgenommen werden. Dafür setzt sich die bfg mit Nachdruck ein.



Digitalisierung im Steuerwesen

Zu diesem Thema, das für Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen von größter Bedeutung ist, hatten die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vbw und das Institut für Digitalisierung im Steuerrecht e. V. Mitte Oktober zu einer halbtägigen Veranstaltung eingeladen. Auch bfg-

Vorsitzender Gerhard Wipijewski gehörte zu den Ehrengästen.

In einer geradezu fulminanten Rede stellte Finanzminister Albert Füracker das auf Seite des Staates Erreichte dar und wagte einen Ausblick. Denn bei aller berechtigten Kritik an den tagtäglichen Problemen in der IT unserer

Verwaltung, gibt es doch keinen anderen Bereich staatlichen Handelns mit einem vergleichbar hohen Grad an digitalem Austausch mit den Bürgern.

Interessant auch die Äußerungen von Jens Schäperclaus, dem stellv. Vorsitzenden des Instituts für Digitalisierung im Steuerrecht beim hochkarätig besetzten Schlusspodium. Schäperclaus lobte das hohe Niveau der Beschäftigten in der Betriebsprüfung in der Vergangenheit, bezeichnete es aber als eine Vergeudung, wenn hochqualifizierte Betriebsprüfer sich mit großem zeitlichen Aufwand mit Datenaufbereitung herumschlagen müssen. Dafür müsse es andere Lösungen geben, damit letztlich auch mehr Prüfer-Kapazitäten zur Verfügung stehen für eine größere Anzahl an Prüfungen. Er nannte das eine Frage von Gerechtigkeit. Schäperclaus äußerte aber auch die Sorge über ein Auseinanderfallen der Qualität von Betriebsprüfungen aufgrund der allgemeinen personellen Entwicklungen.

to go

FAQs – kurz und knapp



Orts- und Familienzuschlag: pflegebedürftiger Angehöriger und Änderung in der Teilzeitkürzung

Seit dem 1.4.2023 steht die Aufnahme eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen, der nicht nur vorübergehend in die eigene Wohnung aufgenommen ist, betragsmäßig der Stufe für ein berücksichtigungsfähiges Kind gleich. Zweck der Vorschrift ist es, mit der Gewährung des Orts- und Familienzuschlags, den durch die Aufnahme eines pflegebedürftigen Angehörigen bedingten größeren Wohnbedarf wenigstens teilweise auszugleichen.

Die Stufeneinordnung erfolgt nach dem jeweiligen Geburtsdatum der in die Wohnung aufgenommenen Personen, und somit ist ein zu pflegender Angehöriger aufgrund seines Alters meistens für die Stufe 1 zu berücksichtigen und die Kinder generieren die Stufe 2 fortfolgende. Für einen berücksichtigungsfähigen Angehörigen werden, im Gegensatz zu berücksichtigungsfähigen Kindern, keine Erhöhungsbeträge in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 gezahlt.

Voraussetzungen

- Angehöriger im Sinne des Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG: Darunter fallen der Verlobte, Ehegatte oder Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes, Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten der Geschwister, Geschwister des Ehegatten, Lebenspartner der Geschwister, Geschwister des Lebenspartners, Geschwister der Eltern und Personen, Pflegeeltern und Pflegekinder.
- Mindestens Pflegegrad 2: Der Nachweis der Pflegebedürftigkeit erfolgt grundsätzlich durch ein ärztliches Gutachten.
- Nicht nur vorübergehend: Wenn die Aufnahme von vornherein befristet ist (zum Beispiel auf ein Jahr) handelt es sich nur um eine vorübergehende Aufnahme.
- In ihre Wohnung aufgenommen: Es reicht auch eine Einraumwohnung, wenn die Ausstattung den Grundbedürfnissen des Wohnens genügt und sich dort der Lebensmittelpunkt befindet. Es kommt nicht auf die zeitliche Reihenfolge des Einzugs in die Wohnung an, sondern um das Tragen der alleinigen Kosten. Somit fallen gemeinsam genutzte Doppelhäuser, ein Mehrgenerationenhaus mit mehreren eigenen Wohnungen oder zwei eigenständige Häuser auf einem Grundstück nicht unter diese Voraussetzung.

Änderung bei der Teilzeitkürzung für die Stufe 1 ff.

Bislang erfolgte eine Kürzung des Orts- und Familienzuschlags der Stufe 1 ff. (Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger im Haushalt), wenn mehrere Anspruchsberechtigte in Teilzeit zusammen nicht mindestens die regelmäßige Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung erreicht haben. Es wurde der Orts- und Familienzuschlag nur in Höhe der individuellen Teilzeit der auszahlenden Person gewährt.

Der Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat mit Urteil vom 12. Juli 2024, Az. 1 GR 24/22, eine gleichlautende Regelung zum Familienzuschlag bei Teilzeitbeschäftigung im Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg für unvereinbar mit der Verfassung erklärt. In Anerkennung der Rechtsprechung in Baden-Württemberg wird mit der Änderung des Art. 36 Abs. 5 BayBesG nunmehr auch Anspruchsberechtigten, die alle teilzeitbeschäftigt sind und zusammen nicht mindestens die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung erreichen, entsprechend ihrer in der Gesamtheit erzielten Teilzeitquote der Orts- und Familienzuschlag der Stufe 1 ff gewährt. Diese Änderung ist im aktuellen Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften enthalten und wird in Kürze in Kraft treten.

Willkommen in Herrsching und Kaufbeuren!

Die Bezirksjugendleitung Südbayern konnte in diesem Jahr nicht nur die Anwärterinnen und Anwärter der 3. Qualifikationsebene, sondern auch Kolleginnen und Kollegen der 2. Qualifikationsebene begrüßen. Aufgrund der hohen Einstellungszahlen werden auch Kolleginnen und Kollegen der 2.QE an der HföD in Herrsching am Ammersee unterrichtet. Diese sind bereits seit Mitte September 2025 am Lehrgangsort anwesend zusammen mit dem G2A.

Traditionell veranstaltete die Bezirksjugendleitung Südbayern im Oktober ihre Begrüßungsveranstaltungen am Finanzamt Kaufbeuren bzw. in der Cafete in Herrsching. In diesem Jahr waren auch die Kolleginnen und Kollegen der 2. Qualifikationsebene, die wieder in Herrsching und Kaufbeuren untergebracht ausgebildet werden, herzlich dazu eingeladen. So wurde in einem einstündigen Vortrag ein Überblick über den Verlauf der zwei - bzw. dreijährigen Ausbildungs-/Studienzeit gegeben. Insbesondere wurde auf den Ablauf der Prüfungen eingegangen, aber



Dennis Kovac, Mitglied der Bezirksjugendleitung, mit dem Gewinner der Verlosung.

auch Themen aus dem Beamtenrecht, Krankheitstage, Urlaub und Reisekosten wurden näher erläutert. Anschließend konnten den Teilnehmern nochmals Vorteile der bfg-Mitgliedschaft aufgezeigt werden wie zum Beispiel der dienstliche Rechtsschutz. Für das



Begrüßung in Herrsching

leibliche Wohl wurde gesorgt. Zuletzt wurde in Zusammenarbeit mit der Debeka ein Gewinnspiel organisiert, bei dem eine Fitbit verlost wurde. Ebenfalls gab es unter allen bfg-Mitgliedern einen Rewe-Gutschein zu gewinnen.

Die Jugend stellt sich vor



Stefan Klitzing

Aufgabe: Schatzmeister Bezirksjugendleitung Südbayern
Alter: 27 Jahre
Wohnort: Bidingen
Dienststelle: Finanzamt Kaufbeuren



Aufgabe in der BJJ:

Schatzmeister, Unterstützung der Vorsitzenden



Hobbies:

Reiten, Eishockey



Herzensthema in der bfg:

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, Vernetzung der Beschäftigten aus verschiedenen Dienststellen, Mitbestimmung der Jugend in politischen Angelegenheiten



Felix Kessler

Aufgabe: kooptiertes Mitglied Bezirksjugendleitung Nordbayern
Alter: 32 Jahre
Wohnort: Nürnberg
Dienststelle: Landesamt für Steuern – Bereich IuK



Aufgabe in der BJJ:

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Mitgliederbetreuung



Hobbies:

Fußball, Konzerte



Herzensthema in der bfg:

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten

Schafkopf- und Wattturnier der bfg-Jugend am Finanzamt Regensburg



Gewinner des Wattturniers (v.l.n.r.): Maria Furthmeier Tom Bassler, Andreas Holzer, Joshua Koriath und Sarah Richtmann, nicht auf dem Bild: Christian Hofrichter

Rund 30 motivierte Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung der bfg-Jugend zum Schafkopf- und Wattturnier und sorgten damit für einen gelungenen Spieleabend. Unter der souveränen Turnierleitung von Barbara Lindl konnten beide Turniere pünktlich starten. Für jede und jeden war etwas dabei – ob Schafkopf-Fan oder Watt-Liebhaber, alle kamen auf ihre Kosten. In der Pause stärkte man sich gemeinsam bei Pizza, bevor es in die spannenden Finalrunden ging. Am Ende durften sich nicht nur die

Gewinnerinnen und Gewinner über tolle Preise freuen: Alle Teilnehmenden konnten sich über kleine Mitbringsel und natürlich über ein neues Kartenset freuen. Anlass für das Turnier war übrigens die Neuauflage der bfg-Jugend-Werbemittel – die frisch gedruckten Schafkopfkarten, die an diesem Abend gleich zum Einsatz kamen. Der Abend war ein voller Erfolg: Die Stimmung war hervorragend, der Teamgeist spürbar – und schnell war man sich einig, dass dieses Turnier künftig wieder regelmäßig

stattfinden soll. Die Ortsjugendleiter Lara Renner, Thomas Bauer und Felix Priller bedankten sich herzlich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das Mitmachen – und ein besonderer Dank geht an das Organisationsteam für die tolle Vorbereitung und Durchführung!



Gewinner des Schafkopfturniers (v.l.n.r.): Claus Friedrich, Matthias Bohmann und Matthias Lutter, mit den Ortsjugendleitern Thomas Bauer (links) und Lara Renner (rechts).



Die Turnierleiterinnen Barbara Lindl und Patricia Kasper

Adventskalender



Auch heuer erwartet unsere Follower wieder der beliebte bfg Jugend Adventskalender auf Instagram und Facebook.



Bereits an dieser Stelle ein herzlicher Dank an unsere Sponsoren, die die Gewinnspiele überhaupt erst ermöglichen. Seid gespannt auf coole Preise und folgt uns, um auch künftig keine News zu verpassen!

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Nördlingen

Ohne Gewerkschaftsarbeit keine positiven Veränderungen



Fabian Zimmermann und Birgit Fuchs ehren (v.l.n.r.) Renate Dörr, Susanna Thurner, Kerstin Raum und Ruth Limbacher für ihre langjährige Mitgliedschaft im Rahmen der Ortsverbandsversammlung.

Im Finanzamt Nördlingen fand die diesjährige bfg-Ortsverbandsversammlung Mitte Oktober statt. Bei der Veranstaltung, an der zahlreiche Mitglieder teilnahmen, wurde sich über aktuelle Themen ausgetauscht. So informierte die Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs die Anwesenden über die neuesten Entwicklungen und Herausforderungen in der Finanzverwaltung, wobei sie schwerpunktmäßig auf die aktuelle Arbeitssituation in den Finanzämtern einging und über die Struktur-

reform in Mittelfranken berichtete sowie auf die anstehende Einkommensrunde hinwies. Ein besonderer Höhepunkt der Versammlung waren die Ehrungen langjähriger Mitglieder für ihre treue Zugehörigkeit zur bfg. Ehrungen zeigen das Engagement und die Verbundenheit der Mitglieder mit der Gewerkschaft und sind ein Zeichen für die kontinuierliche Arbeit und den Zusammenhalt innerhalb des Verbands, so der Ortsvorsitzende Fabian Zimmermann. Zu ehren waren Anette

Mattern, Anita Graf, Susanna Thurner, Renate Dörr, Dietmar Miller und Richard Offinger für jeweils 25 Jahre, Kerstin Raum für 40 Jahre sowie Franz Zocher und Ruth Limbacher für 60 Jahre bfg-Mitgliedschaft. Birgit Fuchs und Fabian Zimmermann freuten sich, die Urkunden, Ehrennadeln und ein Präsent überreichen zu können. Am Schluss ergaben sich gute Gespräche und Diskussionen und man war sich einig: Ohne Gewerkschaftsarbeit keine positiven Veränderungen!

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Aschaffenburg

Weinfahrt nach Alzey



Kollegiales Miteinander im Rahmen einer Weinprobe: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weinfahrt des OV Aschaffenburg.

Die beliebte Tradition der Weinfahrten führte den bfg-Ortsverband Aschaffenburg am 18. Oktober in das rheinhessische Alzey, mitten in das größte Weinanbaugebiet Deutschlands. Mit dreißig Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die siebte Auflage dieser Ausflugsreihe erneut komplett ausgebucht.

Nach einer Stadtführung und einem gemeinsamen Mittagessen bildete die Weinprobe beim Weingut Biegler & Brand den Höhepunkt des Tages. Acht verschiedene Weine – vom Riesling über Sauvignon Blanc und Pinot Meunier Rosé bis hin zum im Barrique ausgebauten Rotwein-Cuvée – sorgten für beste Stimmung und

angeregte Gespräche. Gut gelaunt und mit reichlich Wein im Gepäck trat die Gruppe am Nachmittag die Rückfahrt an.

Vorsitzender Michael Schuberth zeigte sich erfreut über das große Interesse und berichtete, dass bereits die ersten Anfragen für die Weinfahrt 2026 eingegangen sind.

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Regensburg Stadionführung beim SSV Jahn

Ein Blick hinter die Kulissen des Profifußballs: Mitte September besuchte der bfg-Ortsverband Regensburg das Jahnstadion. Über zwanzig Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Führung teil und erhielten spannende Einblicke – von den Heimkabinen über die Trainerbank bis zu den VIP-Loungen. Besonders interessant war, dass das Stadion von der Stadt Regensburg selbst gebaut wurde und nicht nur die Heimat des SSV Jahn ist, sondern auch von zahlreichen weiteren Nutzern verwendet wird. Zum Abschluss entstand ein gemeinsames Gruppenfoto am historischen „Turm“, einem Nachbau aus dem alten Jahnstadion. Es war ein gelungener Nachmittag für den Ortsverband, bei dem Sport, Gemeinschaft und gute Laune im Mittelpunkt standen.



Gute Laune und interessante Einblicke: Mitglieder des OV Regensburg bei einer Führung durch das Stadion des SSV Jahn.

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Weiden Ehrungen und Rückblick auf ein bewegtes Jahr



Cornelia Deichert und Konrad Adam zusammen mit den geehrten Mitgliedern des bfg-Ortsverbandes am Finanzamt Weiden.

Bei der Ortsverbandsversammlung des Finanzamts Weiden standen die langjährigen Mitglieder im Mittelpunkt. Mit dem Satz „Ich habe meinen Dienst noch an einem Samstag angetreten“ brachte Josef Suckart, der für 70 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurde, eindrucksvoll den Wandel der Arbeitswelt zum Ausdruck.

Zusammen mit ihm wurden Günther Gmeiner für 60 Jahre so-

wie Josef Kreisl und Jürgen Distler für jeweils 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Alle erhielten vom Ortsverband liebevoll gefüllte Brotzeitkörbe als Dank für ihre Treue. Vorsitzender Konrad Adam begrüßte zahlreiche Mitglieder sowie die stellvertretende bfg-Landesvorsitzende Cornelia Deichert, die über aktuelle Themen der Gewerkschaftsarbeit berichtete – von der Tarifrunde über die Strukture-

form bis zur Personalsituation in der bayerischen Finanzverwaltung.

Ein besonderer Dank galt Hans Grundler für seine langjährige Tätigkeit als Kassier. Seine Nachfolgerin Andrea Diermeier wurde einstimmig gewählt. Zum Abschluss blieb Zeit für viele Gespräche, Erinnerungen und ein geselliges Beisammensein.



bfg-Ortsverband beim Finanzamt Kulmbach Wechsel an der Spitze

Beim Finanzamt Kulmbach hat sich die Führung des bfg-Ortsverbands neu formiert. Nina Scheibe wurde zur neuen Ortsvorsitzenden gewählt, ihr Stellvertreter ist Philipp Wich. Der bisherige Vorsitzende Michael Straubinger übernimmt künftig die Kassenführung, Schriftführerin ist Kristina Wich. Als Beisitzer wurden Marcel Schindhelm und Efan Kurt gewählt.

Alle Gewählten wollen den Ortsverband künftig als engagiertes Team in die Zukunft führen. bfg-Bezirksvorsitzender Thomas Wagner dankte Michael Straubinger für sein langjähriges Engagement an der Spitze des Ortsverbands und gratulierte dem neuen Vorstand herzlich im Namen des Bezirksverbands. In seinem Bericht informierte Wagner außerdem über aktuelle Themen – unter anderem zur anstehenden Einkommensrunde, zur angespannten Haushaltslage und zur bevorstehenden Strukturreform. Auf dem Foto (v. r.): Amtsleiter Josef Lutter, Philipp Wich, Marcel Schindhelm, Nina Scheibe, Efan Kurt, Michael Straubinger und Thomas Wagner.



bfg-Ortsverband beim Finanzamt Fürstenfeldbruck Mitgliederehrungen und Neuwahlen

Ende September fand im Finanzamt Fürstenfeldbruck die jährliche Ortsverbandsversammlung statt. Die Ortsvorsitzende Julia Schlicker freute sich, 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Veranstaltung begrüßen zu können. Auf der Tagesordnung standen Neuwahlen, da Julia Schlicker auf eigenen Wunsch die Dienststelle wechseln wird. Zur neuen Vorsitzenden gewählt wurde Melanie Laubender, zum Stellvertreter Markus Höfling. Den neuen Vorstand komplettiert Florian Kraus, der weiterhin Stellvertreter bleibt. Auch auf der Tagesordnung standen erfreulicherweise Ehrungen. Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs ehrte Karl-Heinz Höll für 50 Jahre und Ursula Zintl für 25 Jahre Mitgliedschaft und bedankte sich für die langjährige Treue. Florian Kraus informierte dann die Anwesenden über die Kooperation mit dem Urban Sports Club und stellte die Angebote im Raum Fürstenfeldbruck vor. In ihrem Bericht zu aktuellen Themen in der Gewerkschaftsarbeit thematisierte Birgit Fuchs unter anderem die sehr angespannte Personal- und Arbeitssituation in den Finanzämtern. Dabei wurden die Auswirkungen von neuen Verfahren oder neuen Programmversionen, die in der täglichen Arbeit aktuell oft Beeinträchtigungen bringen, angesprochen und mit den Anwesenden kontrovers diskutiert.

Auf dem Bild: Der neue Vorstand mit der Ortsvorsitzenden Melanie Laubender (ganz links) und der Bezirksvorsitzenden Birgit Fuchs bei der Ehrung von Karl-Heinz Höll und Ursula Zintl sowie der Verabschiedung von Julia Schlicker (3.v.l.).



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Außergewöhnliches leisten. Für Menschen, die Außergewöhnliches leisten.

Die NÜRNBERGER hat den passenden Schutz für Beamte und Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst. Zum Beispiel unsere Unfallversicherung Private Line mit TÜV-NORD-CERT-geprüftem Schadenservice.

www.nuernberger.de/beamte-oeffentlicher-dienst

